



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

Für Sie im
Deutschen Bundestag



Newsletter

vom 28. Juni 2021

Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

Lange gefördert, jetzt auf der Teststrecke: Strom aus Oberleitung bringt Lkws in Fahrt	1
Klimaneutral bis 2045!	2
Mehr Schutz vor überhöhten Mieten	4
Faire Verträge für Verbraucher:innen.....	4
Feindeslisten werden verboten.....	5
Neue Biotope für Insekten.....	6
Koalition verbessert Schutz vor Stalking.....	7
Gesundheit auf dem Land braucht neue Ideen und wird über Gemeinschaft stark.....	8
345.000 Euro für zwei THW-Ortsverbände	9
Wirtschaftsgespräch_1 Was die Industrie im Schwarzwald stärkt.....	11
EU-Projekt-Tag am Hochrhein-Gymnasium	12
Wirtschaftsgespräch_2 Arbeitsplätze durch Innovationen sichern	13
Spielerisch forschen, entdecken und neue Kreationen aus dem Hut zaubern	14
FRAKTION VOR ORT Chancengleichheit & digitales Lernen.....	16
Wir.Machen.Zukunft. Verantwortungswerk Atom-Endlager	17

NEUES AUS BERLIN

Lange gefördert, jetzt auf der Teststrecke: Strom aus Oberleitung bringt Lkws in Fahrt



Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Rita Schwarzelühr-Sutter hat gerade zusammen mit dem baden-württembergischen Landesverkehrsminister Winfried Hermann die Pilotstrecke für elektrisch betriebene Oberleitungs-Hybrid-Lkw im Murgtal in Betrieb genommen.

eWayBW ist ein Pilotprojekt zu elektrisch betriebenen Oberleitungs-Hybrid-Lkw. Auf einer etwa 18 Kilometer langen Teststrecke bei Rastatt

– davon vier Kilometer elektrifiziert – können Lkws mit entsprechender Technik über Oberleitungen Fahrstrom beziehen. Gleichzeitig wird eine Batterie aufgeladen, die dem Lkw eine emissionsfreie Weiterfahrt nach dem Ende der Oberleitung ermöglicht. Die Testphase wird bis Juni 2024 dauern. „Mit der modernen Technik wird der Güterverkehr klimafreundlicher. Der heutige Tag ist ein weiterer wichtiger Schritt für mehr Klimaschutz“, sagt Rita Schwarzelühr-Sutter: „Es muss natürlich auch mehr Verkehr auf die Schiene – auch eine Herausforderung, die mancherorts an ihre Grenzen stößt. Wir brauchen deshalb beides: Ausbau der Schiene und klimafreundliche Lösungen für die Straße.“

Oberleitungs-Lkw können eine sinnvolle Alternative werden. Sie sind sauberer und effizienter als Lkw mit Dieselantrieb. Die leisen Laster legen viele Kilometer mit geringem Energieaufwand zurück und stoßen keine schädlichen Abgase oder Treibhausgasemissionen aus. Das bestätigen uns die Untersuchungen auf Teststrecken immer wieder. Deshalb fördert das Bundesumweltministerium die Entwicklung von Oberleitungs-Lkw seit vielen Jahren. Mit der Teststrecke im Murgtal sammeln wir wichtige Erfahrungen für die Praxis und nutzen sie im internationalen Austausch“.

Landesverkehrsminister Winfried Hermann sagte, dass alle gemeinsam gefordert seien, den Verkehr klimafreundlicher zu gestalten. Das Projekt eWayBW helfe dabei, geeignete Lösungen für den Straßengüterverkehr zu finden. Mit dem im Projekt integrierten Technologievergleich werden erstmals alle derzeit erfolgsversprechenden alternativen Antriebslösungen für schwere Nutzfahrzeuge im Realbetrieb erprobt und miteinander verglichen.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat den Bau der Oberleitungen an der B 462 im Murgtal federführend betreut. Die Mobilitätszentrale Baden-Württemberg, die zum Regierungspräsidium Tübingen gehört, wird den Betrieb leiten. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Das Fraunhofer-Institut für System und Innovationsforschung leitet das Forschungskonsortium eWayBW.

Ziel des Pilotprojekts ist ein realitätsnaher elektrischer Betrieb von Oberleitungs-Hybrid-Lkw (OH-Lkw), um bisherige Erkenntnisse zu erweitern. Eine wissenschaftliche Begleitforschung wird vor allem Aspekte der Energieversorgung sowie Auswirkungen auf Lärm, Luftschadstoffe und straßenplanerische Maßnahmen untersuchen. Die B 462 im Murgtal wurde für das Pilotprojekt gewählt, weil auf der Strecke jährlich 510.000 Tonnen Papier im 24 Stunden/7 Tage-Betrieb bewegt werden. In Summe legen die OH-Lkw damit pro Jahr rund 250.000 Kilometer im Bereich der Oberleitungen zurück.

Die Kosten für das Projekt betragen insgesamt ca. 28. Millionen Euro. Darin sind Planung, Bau und Betrieb sowie die Wissenschaftliche Begleitforschung enthalten. Mit 26,4 Millionen Euro übernimmt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) mit dem Förderprogramm „Erneuerbar Mobil“ einen Großteil der Kosten. Der Eigenanteil des Landes beträgt rund 1,6 Millionen Euro.

Das BMU unterstützt seit vielen Jahren die Weiterentwicklung der Oberleitungstechnologie zur Elektrifizierung des Schwerlastgüterverkehrs. Bis 2024 werden insgesamt drei Teilstrecken gefördert: Neben dem Projekt eWayBW auf einer Bundesstraße in

Baden-Württemberg laufen die Projekte ELISA und FESH auf Autobahnen in Hessen und Schleswig-Holstein. Dort sind bereits seit 2019 Oberleitungs-Lkw im realen Transportbetrieb im Einsatz. Das BMU unterstützt alle drei Projekte beim Aufbau der Infrastruktur, beim Betrieb der Teststrecken sowie bei der begleitenden Forschung mit insgesamt rund 103 Millionen Euro.

Klimaneutral bis 2045!

Das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 ist mit dem novellierten Klimaschutzgesetz nun verbindlich geregelt worden. Zudem wird dem Windkraftausbau nochmals Schwung gegeben.

Mit der von der Koalition beschlossenen Novelle des Klimaschutzgesetzes werden die Klimaziele auch nach 2030 verbindlich festgelegt. Es bildet den gesetzlich verbindlichen Rahmen für die kommenden Bundesregierungen. Mit der Novelle wird das Ziel der Treibhausgasneutralität bereits für das Jahr 2045 verbindlich geregelt. Bis 2030 müssen die Emissionen um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken. Für 2040 wird erstmals ein verbindliches Minderungsziel (-88 Prozent im Vergleich zu 1990) genannt.

Für Unternehmen, die mit ihren Produkten in besonderer Weise dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, kann die gemeinsam mit CDU, CSU und den Grünen vereinbarte CO₂-Bepreisung zum Problem werden, wenn sie die zusätzlichen Kosten

nicht über die Produktpreise abwälzen können. In diesen Fällen besteht die Gefahr, dass die Produktion betroffener Unternehmen infolge CO₂-Preisbedingter Wettbewerbsnachteile ins Ausland abwandert und dort möglicherweise zu insgesamt höheren Emissionen führt (sogenanntes "Carbon Leakage"). Um das „Carbon Leakage“ zu verhindern, wurde die Carbon-Leakage-Verordnung beschlossen.

Mit ihr wird ein effektiver Schutz gegen Carbon Leakage geschaffen, indem Unternehmen eine anteilige Kompensation der CO₂-Kosten erhalten. Mit der Erweiterung der Evaluierungsklausel wird dafür gesorgt, dass sowohl die Unternehmen als auch die Gewerkschaften von Beginn an der kontinuierlichen Überprüfung der vereinbarten Kompensationsmechanismen beteiligt werden. Als Gegenleistung für die Kompensation müssen die betroffenen Unternehmen ab 2023 ein Energiemanagement etablieren und Energieeffizienzmaßnahmen durchführen. Mit einer stufenweisen Absenkung des Selbstbehalts sind kleine und mittlere Unternehmen zusätzlich entlastet worden. Darüber hinaus werden neben den Verbraucherinnen und Verbrauchern alle Unternehmen über die vereinbarte Deckelung der EEG-Umlage auf 5,5 Cent entlastet.

Für eine faire Verteilung der CO₂-Preisbelastung zwischen Vermieter:innen und Mieter:innen hat die SPD-Fraktion intensiv gestritten. Trotz gegenteiliger Bekundungen der Unionsminister und eindeutiger Beschlüsse des Kabinetts wird es nun keine faire Aufteilung der Mehrkosten beim Heizen durch die CO₂-Beprei-

sung geben. Der Widerstand der Immobilienlobbyisten innerhalb der CDU-Bundestagsfraktion war einfach zu groß.

Ein großer Erfolg ist, dass für das Repowering – also den Ersatz alter Windkraftanlagen durch neue leistungsstärkere Anlagen - erleichterte Genehmigungsvoraussetzungen geschaffen werden konnten. Damit wird dem Windkraftausbau nochmals Schwung gegeben.

Der rasante Ausbau der Erneuerbaren Energien ist jetzt entscheidend. Sie sind der Rohstoff für unsere Klimaneutralität. Ohne sie werden wir nicht klimaneutral wirtschaften und leben können. Dafür benötigen wir dringend einen Zukunftspakt, in dem sich Länder, Kommunen und der Bund Flächen- und Ausbauzielen verpflichten. Wichtige Weichenstellung dafür wurden in dieser Legislatur gestellt. „Für den großen Wurf braucht es aber eine Regierung ohne die Bremsen von CDU/CSU, die sich beim Ausbau der Erneuerbaren zu einem echten Standortrisiko für Deutschland entwickelt haben“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Matthias Miersch.



[Instagram.com/rischwasu](https://www.instagram.com/rischwasu)

Mehr Schutz vor überhöhten Mieten

In Zukunft müssen Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohner:innen einen Mietspiegel erstellen. Instrumente zum Schutz vor überhöhten Mieten erhalten so eine höhere Wirksamkeit.

Mit der Neuregelung des Mietspiegelrechts, die der Bundestag in dieser Woche verabschiedet hat, stärkt die Koalition die Rechte der Mieterinnen und Mieter. In Zukunft muss jede Gemeinde mit mehr als 50.000 Einwohner:innen einen Mietspiegel erstellen. Instrumente zum Schutz vor überhöhten Mieten erhalten so eine höhere Wirksamkeit.

Die Beweiskraft von Mietspiegeln wird verbessert und rechtssicherer gemacht, indem ihre Datengrundlage verbessert und die Beweislast in punkto Wissenschaftlichkeit umgekehrt wird: Künftig wird davon ausgegangen, dass Mietspiegel wissenschaftlichen Grundsätzen entsprechen – bis Vermieter:innen das Gegenteil beweisen. Der unsäglichen Praxis von Vermieter:innen, Mietspiegel vor den Gerichten anzugreifen, um Mieterhöhungen durchsetzen zu können, wird damit entschieden entgegengetreten.

In über 80 der 200 größten deutschen Städte gibt es derzeit keine gültigen Mietspiegel - darunter Städte wie Würzburg oder Düsseldorf, in denen eigentlich die Mietpreisbremse gilt. Liegt aber kein gültiger Mietspiegel vor, haben Mieterinnen und Mieter

kaum Möglichkeiten, die ortsübliche Vergleichsmiete zu erfahren und von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Die Mietpreisbremse ist dann faktisch unwirksam. Das wird sich in Zukunft ändern.

Die SPD-Fraktion ist froh, im Kampf gegen den dramatischen Anstieg der Mieten nun die CDU/CSU-Fraktion zu einem wichtigen Schritt bewegt zu haben. Weitere Maßnahmen, wie die Einführung eines bundesweiten Mietenmoratoriums, die Herabsenkung der Kappungsgrenze und die Verschärfung des Mietwuchers müssen jedoch folgen, um das Wohnen in Deutschland wieder bezahlbar zu machen. Zu diesen Schritten war der Koalitionspartner leider nicht bereit.

Faire Verträge für Verbraucher:innen

Die Mindestvertragslaufzeit bei Strom, Fitness-Studios oder Zeitungsabos sowie Handy- und Internetverträgen wird auf zwei Jahre begrenzt. Danach müssen die Verträge monatlich kündbar sein.

Verbraucher:innen werden beim Abschluss von Verträgen künftig besser geschützt. Die SPD-Fraktion hat gegen die Union durchgesetzt, dass die automatische Vertragsverlängerung von einem Jahr, die Verbraucher:innen oft teuer zu stehen kam, abgeschafft wird. In Zukunft gilt: Maximal zwei Jahre Mindestvertragslaufzeit bei Strom, Fitnessstudio-

oder Zeitungsabos sowie bei Handy- und Internetverträgen. Danach müssen die Verträge monatlich kündbar sein. Die Union hat gegen die Interessen der Verbraucher:innen einer Verkürzung der maximalen Mindestvertragslaufzeit von zwei Jahren auf ein Jahr abgelehnt. Die SPD-Fraktion setzt sich aber weiterhin dafür ein.

Künftig wird ein Kündigungsbutton eingeführt. Wer online einen Vertrag abschließt, kann diesen dann online mit einem einfachen Klick kündigen und bekommt die Kündigung auch sofort bestätigt.

Zudem wird der Schutz vor telefonisch aufgedrängten oder untergeschobenen Verträgen verbessert. Anbieter müssen künftig dokumentieren, dass sie eine Einwilligung der Verbraucher:innen für Werbeanrufe haben. Unerlaubte Telefonwerbung soll zudem effizienter sanktioniert werden. Im parallel verhandelten Energiewirtschaftsgesetz wird geregelt, dass Strom- und Gasverträge in Textform erfolgen müssen. Ein ungewollter Anbieterwechsel wird so verhindert.

Auch werden die Rechte der Verbraucher:innen in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gestärkt: Wenn sie zum Beispiel ihre Ansprüche auf Entschädigung wegen Flugausfällen an einen Dienstleister abtreten wollen, kann das nicht mehr mit AGB-Vertragsklauseln verhindert werden.

Feindeslisten werden verboten

Um Menschen, die sich für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen, wirksamer vor Hass und Einschüchterung zu schützen, wird die Verbreitung von Feindeslisten unter Strafe gestellt.

Die Verbreitung von Feindeslisten wird künftig unter Strafe gestellt. Dies sind Sammlungen personenbezogener Daten, die bei anderen die Bereitschaft wecken sollen, Straftaten gegen die betroffenen Personen zu begehen. „Ein solch widerliches und bedrohliches Vorgehen wird künftig hart bestraft“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dirk Wiese.

Darüber hinaus wird eine Lücke im Strafrecht geschlossen, indem die verhetzende Beleidigung von Juden, Muslimen, von Menschen mit Behinderung oder Homosexuellen zur Straftat heraufgestuft wird. Hass und Hetze gegen Minderheiten tritt die Koalition ohne Wenn und Aber entgegen.

Um gegen Extremismus und Antisemitismus noch effektiver vorgehen zu können, wird auch das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Fahnen von Organisationen unter Strafe gestellt, die auf der EU-Terrorsanktionsliste stehen. Bislang war dies nur möglich, wenn gegen die Organisationen in Deutschland ein Vereinsverbot besteht. Hamas-Flaggen auf Demonstrationen sind künftig verboten.

Neue Biotope für Insekten

Insekten erhalten mehr geschützte Lebensräume, außerdem wird der Biozideinsatz sowie die Lichtverschmutzung in den Schutzgebieten eingeschränkt.

Das Insektenschutzgesetz ist das zentrale naturschutzpolitische Vorhaben dieser Legislaturperiode – jetzt wurde es verabschiedet. Insekten spielen als Bestäuber, aber auch als Nahrung von Vögeln und Fledermäusen eine wichtige Rolle in den verschiedensten Ökosystemen. Abnehmende Insektenbestände durch den Verlust und die Verschlechterung von Insektenlebensräumen und die Anwendung von Pestiziden, aber auch durch Lichtverschmutzung erfordern dringendes Handeln.

Das Insektenschutzgesetz weitet den gesetzlichen Biotopschutz auf „artenreiches Grünland“, „Streuobstwiesen“, „Steinriegel“ und „Trockenmauern“ aus, der Biozideinsatz wird in vielen Schutzgebieten eingeschränkt. Die Lichtverschmutzung in Schutzgebieten wird durch ein Verbot der Neuerrichtung bestimmter Beleuchtungsanlagen minimiert und mit „Natur auf Zeit“ können temporäre Insektenlebensräume, die etwa beim Rohstoffabbau entstehen, für 15 Jahre erhalten werden.

Zudem werden rund zusätzliche 8.000 Hektar für das „Nationale Naturerbe“ gesichert. Mit dieser Initiative werden wertvolle Naturflächen im Eigentum

des Bundes nicht privatisiert, sondern in die Hände des Naturschutzes gegeben. Es ist ein Erfolg, dass die SPD-Fraktion das wichtige Leuchtturmprojekt „Insektenschutz“ und die Ausweitung der Flächen für das Nationale Naturerbe gegen den Widerstand der Agrarlobby und von Teilen der Union durchgesetzt hat.

Koalition verbessert Schutz vor Stalking

Künftig gibt es niedrigere Hürden für die Verurteilung von Stalker:innen. Zudem wird die Freierstrafbarkeit verschärft.

Die Koalition verbessert die Rechtsschutzmöglichkeiten für Opfer von Stalking. Zudem wird zum besseren Schutz von Zwangsprostituierten wird die Freierstrafbarkeit verschärft. Zudem wird in ein Ausstiegsprogramm investiert. Stalker:innen bedrohen, belästigen und verfolgen ihre Opfer häufig über ein lange Zeit. Dieser Psychoterror kann traumatische Folgen für die Opfern haben. Der SPD-Fraktion im Bundestag liegt ein besserer Schutz der Opfer sehr am Herzen. Bislang konnte Stalking aufgrund zu hoher Hürden nur selten bestraft werden. Deswegen werden die Hürden für eine Verurteilung deutlich abgesenkt. Dabei wird künftig das sogenannte Cyberstalking mit einbezogen, das im Netz oder über Apps stattfindet.

Außerdem wird der Schutz von Zwangsprostituierten, die unter menschenunwürdigen Bedingungen für ihre Zuhälter arbeiten müssen, verbessert. Die bereits bestehende Freierstrafbarkeit bei Zwangsprostitution wird deutlich verschärft. Gleichzeitig konnte die SPD-Fraktion im Bundestag ein Ausstiegsprogramm im Umfang von 20 Millionen Euro durchsetzen. Dieses Programm soll insbesondere schwangere Prostituierte und schwangere Zwangsprostituierte auf dem Weg aus der Prostitution heraus beraten, begleiten und unterstützen.



www.schwarzeluehr-sutter.de



[Twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)



facebook.com/schwarzeluehr-sutter



Instagram.com/rischwasu



[http://t.me /ritaschwarzeluehrsutter](http://t.me/ritaschwarzeluehrsutter)

AUS DER REGION

Gesundheit auf dem Land braucht neue Ideen und wird über Gemeinschaft stark



Wie Jestetten und Lottstetten durch die Corona-Pandemie gekommen sind, wie sie zusammenarbeiten und wie sie die Gesundheitsversorgung vor Ort auch in der Zukunft sichern - darum ging es im Gespräch zwischen Bürgermeisterin Ira Sattler, Bürgermeister Andreas Morasch, der Jestetter SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Irmgard Bäumle und der Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter.

Aktuell stimmen sich die beiden Gemeinden bezüglich der Testangebote ab. Auch wenn die Inzidenz erfreulicherweise stark zurückgegangen ist, sind Tests weiter erforderlich, da nicht alle Menschen geimpft sind.

Die Corona-Pandemie hatte erhebliche Auswirkungen auf die Gemeinden Jestetten und Lottstetten. Insbesondere der persönliche Austausch zwischen den Bürger:innen untereinander, und vor allem unter Kindern und Jugendlichen, aber auch der direkte Austausch mit der Gemeindeverwaltung war massiv erschwert. Und genau dieser direkte Austausch wurde am meisten vermisst.

Dank der engen Kooperation zwischen den beiden Gemeinden seien diese aber dennoch verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen. So das Ergebnis des Gesprächs mit der Bundestagsabgeordneten. Denn um die künftige Gesundheitsversorgung zu sichern, gehen die Gemeinden im Jestetter Zipfel neue Wege und haben mit Partnern eine Gesundheitsgenossenschaft, die Gesundheitsnetz ZipHo eG“, auf den Weg gebracht.

Sie ist aus den heutigen Herausforderungen entstanden, dass für Ärzte, die in den Ruhestand gehen, oftmals keine Nachfolger gefunden werden können. Außerdem bevorzugen immer mehr Ärzt:innen, in einem Angestelltenverhältnis zu arbeiten anstatt selbstständig zu praktizieren. Dem anfänglichen Verbund, bestehend aus den Gemeinden Jestetten, Lottstetten

und Dettighofen hat sich inzwischen auch die Gemeinde Hohentengen angeschlossen. Sie alle werden von ansässigen Ärzten und vom Klinikum Hochrhein fachlich unterstützt. Das Ziel ist ein gemeinsames Medizinisches Versorgungszentrum für die vier Gemeinden mit dem Ärztehaus in Jestetten und einer Arztpraxis in Hohentengen.

„Das Lob und der Dank gehen an die beiden Bürgermeister, die selbst aktiv werden und innovative neue Wege gehen. Mit diesem Leuchtturmprojekt senden Sie ein starkes Signal an Ihre Mitbürger:innen, deren Gesundheitsversorgung Sie sehr ernst nehmen“, sagt Rita Schwarzelühr-Sutter.



www.schwarzeluehr-sutter.de

345.000 Euro für zwei THW-Ortsverbände

Mit rund 1000 neuen Fahrzeugen unterstützt der Bund 2021 das Technische Hilfswerk (THW). Hintergrund ist das Beschaffungsprogramm, das der Deutsche Bundestag aufgesetzt hat, um den Fahrzeugbestand des THW auf Vordermann zu bringen. Auch die THW-Ortsverbände in Bad Säckingen und Waldshut haben neue Fahrzeuge erhalten.

„Ich freue mich sehr, dass die haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW auch am Hochrhein jetzt Verstärkung erhalten haben. Damit kann das THW seine umfangreichen Aufgaben künftig noch besser wahrnehmen“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter, als die finanzielle Unterstützung aus Berlin bekannt wurde.

„Das Technische Hilfswerk mit seinen über 80.000 ehrenamtlich Engagierten leistet seit über 70 Jahren einen ganz entscheidenden Beitrag zum Zivil- und Katastrophenschutz in unserem Land. Sei es bei der Bewältigung von Überschwemmungen und Hochwasserereignissen, von Waldbränden, bei Bergungs- oder Rettungseinsätzen oder zuletzt auch beim Aufbau von Teststrecken und Impfbetrieben: Die Helferinnen und Helfer der THW-Familie sind immer zur Stelle, tatkräftig, verlässlich und hervorragend ausgebildet“, so die Abgeordnete weiter.

Dafür muss das THW aber auch technisch bestens ausgestattet sein. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen acht Jahren eine Reihe an Vorhaben auf den Weg gebracht, um das THW zu modernisieren: In Liegenschaften, Technik und Fahrzeuge wurde investiert, die Helfergewinnung verbessert und der Etat des THW im Bundeshaushalt allein in dieser Wahlperiode auf rund 460 Mio. Euro fast verdoppelt. So ist es gelungen, aus Mangelverwaltung und einer „Oldtimersammlung“ eine schlagkräftige Organisation zu machen, die für die großen Herausforderungen gerüstet ist. "Wir wollen so aber nicht zuletzt auch das Engagement der Helferinnen und Helfer würdigen", so Rita Schwarzelühr-Sutter weiter.

Extremes Wetter wird das THW mehr denn je herausfordern

„In diesem Jahr werden insgesamt rund 1000 neue Fahrzeuge an die THW-Ortsverbände ausgeliefert – so viele wie nie zuvor“, freut sich die SPD-Abgeordnete: „Bis zur Jahresmitte 2021 wurden deutschlandweit bereits ca. 450 Fahrzeuge im Wert von insgesamt 31 Mio. Euro an die Ortsverbände übergeben, darunter auch die Fahrzeuge in Bad Säckingen und Laufenburg. In der zweiten Jahreshälfte folgen die restlichen Fahrzeuge. Eine wichtige Unterstützung: Angesichts der zunehmenden und extremen Wetterereignisse im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist das THW wichtig wie nie zuvor.“

Aus dem Fahrzeugbeschaffungsprogramm erhält der THW-Ortsverband Bad Säckingen einen Mannschafts-transportwagen im Wert von 65.000

Euro. Der THW-Ortsverband Laufenburg erhält einen Bergungsräumgerät Radlader im Wert von 235.000 Euro und einen Anhänger Druckluftherzeugung für 45.000 Euro.

Für das Fahrzeugbeschaffungsprogramm hatten die Mitglieder des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag 100 Millionen Euro zusätzlich für die Jahre 2017 bis 2023 bereitgestellt, und diese Mittel mit dem Konjunkturpaket um weitere 25 Millionen Euro aufgestockt. Neben der Unterstützung bei der Fahrzeugbeschaffung hatte der Deutsche Bundestag außerdem zwei Bau- und Sanierungsprogramme für THW-Liegenschaften im Umfang von insgesamt 65 Mio. Euro aufgesetzt, 1.200 neue hauptamtliche Stellen zur Unterstützung der Ortsverbände und der bundesweiten Einsatzkoordinierung geschaffen, und die Errichtung vier großer Logistikzentren zur Krisenvorsorge beschlossen. Im Jahressteuergesetz 2020 wurde zudem die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale von 2.400 auf 3.000 bzw. von 720 auf 840 Euro erhöht.

„Dem Einsatz und dem Engagement des THW können wir gar nicht genug danken. Wir haben uns vehement dafür eingesetzt, dass die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer möglichst gute Rahmenbedingungen und die dafür notwendige finanzielle Ausstattung zur Verfügung gestellt bekommen“, erklärt die SPD-Abgeordnete aus Waldshut.



Wirtschaftsgespräch_1 Was die Industrie im Schwarzwald stärkt

Über aktuelle Herausforderungen und die Chancen in der Coronapandemie: Die Zukunft des Industriestandorts Schwarzwald stand im Mittelpunkt der Gespräche, als die Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter jetzt die Franz Morat Group in Eisenbach besuchte.

Die Franz Morat Group in Eisenbach gilt als Aushängeschild des deutschen Mittelstands in der Region Schwarzwald. Mit über 100 Jahren Erfahrung in der Zahnrad- und Antriebstechnik vereint die international aufgestellte Unternehmensgruppe die Expertise in der Metallbearbeitung bei Framo Morat und der Kunststoff-Spritzgießtechnik bei F. Morat unter einem Dach.

Während der Pandemie wurde in die technologische Weiterentwicklung investiert und die Erschließung neuer strategischer Zielmärkte vorangetrieben. Zu den neuen Projekten gehören

beispielsweise Verzahnungskomponenten für E-Bikes, Rotorwellen für Elektrostapler und Radnabenge triebe für Fahrerlose Transportsysteme. Von der Innovationskraft konnte sich Rita Schwarzelühr-Sutter bei ihrem Besuch einen Eindruck verschaffen.

Im Gespräch mit Framo-Geschäftsführer Gökhan Balkis (Mitte), dem Betriebsratsvorsitzenden Joachim Gloeden (links), dem Eisenbacher Bürgermeister Karlheinz Rontke (rechts) und dem SPD-Kreisrat Norbert Brugger (2. von links) standen industriepolitische Themen wie die Elektromobilität und der Klimaschutz auf der Agenda. Die zentrale Aufgabe der Politik sieht Gökhan Balkis in der Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. „Wenn es den Unternehmen gut geht, geht es auch den Menschen gut,“ sagt Geschäftsführer Balkis.

Um den Klimaschutz und die Mobilitätswende herbeizuführen, müsse die Politik zwar Vorgaben machen, sich aber nicht zu tief in die Technologien einmischen. Dies sei beispielsweise durch Subventionen für Hybrid- und Elektrofahrzeuge geschehen, ohne die

Liefer- und Wertschöpfungsketten vollständig durchdacht zu haben.

Darüber hinaus standen die regionale Infrastruktur im Kreis und die Standortbedingungen in Eisenbach auf der Agenda. Bezüglich Mobilfunknetz und Stromversorgung habe sich in den vergangenen Jahren einiges getan, sagt Gökhan Balkis, beim Straßenbau und im öffentlichen Nahverkehr gebe es weiter Nachholbedarf.

Rita Schwarzelühr-Sutter betonte die Bedeutung des Unternehmens für den Industriestandort Schwarzwald: „Ich begrüße es sehr, dass sich die Franz Morat Group zu Eisenbach bekennt und hier kontinuierlich weiter investiert. Mit dem neuen Bürgermeister Karlheinz Rontke hat das Unternehmen außerdem jemanden an der Seite, der sich für den Industriestandort Eisenbach und sichere Arbeitsplätze stark macht.“



facebook.com/schwarzeluehr-sutter

EU-Projekt-Tag am Hochrhein-Gymnasium

Das Interesse an europapolitischen Themen ist groß am Hochrhein-Gymnasium in Waldshut. Der neue Schulleiter, Studiendirektor Dr. Markus Funck, hieß Umweltstaatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter persönlich willkommen, bevor sie sich den kritischen Fragen der Schüler:innen der 11. Klasse zur Klimapolitik der Europäischen Union und dem deutschen Klimaschutzgesetz stellte.

„Der Projekttag ist für mich jedes Jahr ein Highlight, um mit jungen Menschen darüber zu sprechen, was sie bewegt. Mir ist es ein persönliches Anliegen zu vermitteln, wie sehr gerade wir in Deutschland von der europäischen Integration profitieren“, sagt Rita Schwarzelühr-Sutter.

Die Schüler:innen des Hochrhein-Gymnasiums Waldshut wurden vom Gemeinschaftskundelehrer Uli Tomm vorbereitet und stellten Fragen zur Energiewende, zu den Klimaschutzzielen der Europäischen Union und dem Ausstieg aus der Kernkraft.

Seit 2007 gibt es den EU-Projekttag. Im vergangenen Jahr konnte der Projekttag aufgrund der Corona-Pandemie erstmals nicht stattfinden. „Deshalb habe ich mich sehr auf diese Möglichkeit gefreut, mich persönlich mit den Schülerinnen und Schülern über Ideen auszutauschen, wie sich das europäische Projekt nach diesem Einschnitt weiterentwickeln soll. Ich bin der Schulleitung und dem Kollegium dankbar für ihr Engagement und ihre Ausdauer in dieser herausfordernden Zeit“, sagt Rita Schwarzelühr-Sutter.



| Foto: Büro RSS

Wirtschaftsgespräch_2 Arbeitsplätze durch Innovationen sichern

Was haben die Universitätsbibliothek in Freiburg und das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Berliner Bundestags gemeinsam? Beides sind architektonisch sehr anspruchsvolle Gebäude, in denen Produkte der Firma H-Bau Technik aus Erzingen stecken. Rita Schwarzelühr-Sutter war in der Region zum Wirtschaftsgespräch.

„Eines Ihrer größten Projekte sehe ich täglich während den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages“, sagt die SPD-Abgeordnete. Und meint das Elisabeth-Lüders-Haus in Berlin. Für seine Erweiterung lieferte das Erzinger Unternehmen die Schalrohre der hohen Betonsäulen. „H-Bau Technik ist eines der besten Beispiele dafür, wie erfolgreich mittelständische Unternehmen in meinem Wahlkreis in ganz Deutschland und darüber hinaus sind“, sagt Rita Schwarzelühr-Sutter.

Das 23 Meter hohe Marie-Elisabeth-Lüders-Haus beherbergt das parlamentarische Gedächtnis und ist zugleich wissenschaftliches Dienstleistungszentrum für die Abgeordneten. Die Parlamentsbibliothek, die Pressedokumentation, das Parlamentsarchiv sowie die Parlamentsdokumentation finden hier Platz unter einem Dach.

Sylvia Geiger-Amann und der stellvertretende Werksleiter Sebastian Kaiser (von links) führten die SPD-Bundestagsabgeordnete durch den Betrieb und zeigten ihr u.a. die patentierten Schalrohre und die neue Produktions- und Lagerhalle. 200-300 solcher Schalrohre verlassen die Firma pro Tag und werden weltweit eingesetzt. Der Export macht dabei etwa 30 Prozent des Umsatzes aus.

Die 260 Mitarbeiter:innen von H-Bau Technik kommen aus 26 Nationen. Die Zusammenarbeit sei sehr gut, so sagen Sylvia Geiger-Amann und Sebastian Kaiser, man freue sich auf das kommende Betriebsfest, sobald dies wieder möglich sei. Generell sei man in der Corona-Pandemie sehr auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter:innen ein-

gegangen, beispielsweise mit flexiblen Arbeitszeiten und der Möglichkeit mobil zu arbeiten. Trotz der andauernden Pandemie sowie der angespannten Lage am Rohstoffmarkt sei die Auftragslage positiv und gebe Anlass zu Optimismus.

„Ich freue mich sehr, dass in den Standort des Unternehmens in Erzingen kräftig investiert wird, und dass Arbeitsplätze in unserer ländlichen Region mit innovativen Produkten gesichert werden. H-Bau Technik bildet auch tatkräftig aus. Den Wunsch nach einer Fachhochschule zur Sicherung von Fachkräften kann ich gut nachvollziehen. Das nehme ich gerne auf und werde mich in Zusammenarbeit mit der SPD-Kreistagsfraktion dafür einsetzen“, erklärt Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD).



[Twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)

Spielerisch forschen, entdecken und neue Kreationen aus dem Hut zaubern

Am „Tag der kleinen Forscher“ unter dem vielversprechenden Motto „Papier - das fetzt!“ besuchte die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter den Waldkindergarten in Kadelburg.

Beim Austausch mit Pfarrerin Andrea Kaiser, Kindergartenleiterin Dagmar Schöpflin und ihre Kolleginnen präsentierten die Nachwuchsforscher:innen selbst gestaltete Collagen über die Rohstoffe für Papier, das Papier-Recycling und ihr selbst gemachtes Papier. Auch eine musikalische Einlage mit Papier fehlte nicht.

„Solche Aktionstage sind wichtig für die frühkindliche Bildung. Nach langen Monaten des Lockdowns, freue ich mich umso mehr für unsere Kleinsten, dass auch sie endlich spielen, lernen und entdecken können. Und wo geht sowas besser als in der freien Natur?“, so die Parlamentarische Staatssekretärin und SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter.

Die SPD-Politikerin komme immer wieder gerne hierher, denn sie sei ein großer Fan des Konzeptes von Waldkindergarten. Die Kinder erleben die Natur hautnah und können mit allen Sinnen Erfahrungen sammeln: Was schenkt uns der Wald? Welche Tiere und Pflanzen gibt es und welche Geräusche nehmen wir wahr? Wie kann man die Natur schützen und wie geht man mit Ressourcen um?“

Um solche Erfahrungen machen zu können und Erkenntnisse bereits im

Kindesalter zu vermitteln, gibt es den bundesweiten Mitmachtag „Tag der kleinen Forscher“. Er widmet sich jedes Jahr einem neuen, spannenden Thema rund um Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik (MINT) und Nachhaltigkeit und zeigt: Gute frühe MINT-Bildung für nachhaltige Entwicklung macht Kinder stark und befähigt sie, selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu handeln.

2021 lautet das Motto des Aktionstags „Papier – das fetzt!“. Damit rückt eines der wichtigsten und wertvollsten Materialien für Kinder in den Mittelpunkt. Kinder lieben Papier – und das längst nicht nur zum Malen. Dabei geht es auch darum, Kinder zu inspirieren, Papier im Alltag bewusst einzusetzen. Denn wie jede Produktion von Werkstoffen ist auch die Papierherstellung mit dem Verbrauch von Ressourcen verbunden, beispielsweise von Holz.

Die Erzieherinnen des Waldkindergartens Kadelburg haben dafür auf ansprechende Weise den Kindern im Alter zwischen knapp drei und fünf Jahren beigebracht, wie Papier entsteht, wie man es fachgerecht entsorgt und was aus recyceltem Papier wieder entstehen kann.

Unter dem Ausruf „Nicht verschwenden, wieder verwenden“ zeigten die Nachwuchsforscher:innen stolz Rita Schwarzelühr-Sutter ihre Ergebnisse vom selbst hergestellten Papier und was sie alles daraus gemacht haben. Auch eine Musikeinlage mit Papier und

eine Wiedergabe des Gelernten zum Thema Recycling durften nicht fehlen.

Beim Austausch mit Pfarrerin Andrea Kaiser und Kindergartenleiterin Dagmar Schöpflin mit ihren Kolleginnen wurde auch auf die schwierige Lage für die Kinder während der Corona-Pandemie eingegangen. Es sei nicht einfach gewesen, den Kindern zu vermitteln, warum sie nicht ihre Freunde sehen können, gleichwohl die Maßnahmen mitgetragen wurden. Umso schöner sei es aber nun, dass der normale Betrieb wieder aufgenommen werden konnte. Der Waldkindergarten



Andrea Kaiser, Martina Gräfinger, Birgit Roth, Dagmar Schöpflin, Carmen Kelz, Rita Schwarzelühr-Sutter, Christina Brühl und Bernhard Reichmann

erfreut sich laut Pfarrerin Andrea Kaiser und Dagmar Schöpflin sehr großer Beliebtheit in der Gemeinde. „Die Corona-Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt, dass wir das Wohl unserer Kinder stets im Blick behalten müssen, aber auch wie wichtig ein wissenschaftlicher Blick auf die Welt ist. Ich würde mich freuen, wenn in Zukunft möglichst viele weitere Einrichtungen der frühen Bildung in meinem Wahlkreis den ‚Tag der kleinen Forscher‘ feiern. Er ist ein guter Anlass, um zu zeigen, was gute MINT-Bildung schon in jungen Jahren leisten kann“, so Rita Schwarzelühr-Sutter.

TERMINE



FRAKTION VOR ORT Chancengleichheit & digitales Lernen

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
trifft auf Saskia Esken, MdB

Die Corona-Pandemie hat uns jetzt viele Wochen vor große Herausforderungen gestellt. Der Wechsel von Präsenz- und Fernunterricht sowie digitales Lernen hat den Schulalltag fast ein ganzes Jahr lang geprägt.

Dass die soziale Herkunft über Bildungschancen entscheidet, ist durch Corona noch einmal um vieles deutlicher geworden. Nicht alle Eltern haben die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten und ihren Kindern bei den Schularbeiten zu helfen. Außerdem fehlt es den Familien oftmals an digitaler Ausstattung.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Bundestag vielfältige Hilfen durchgesetzt, um auch in der Pandemie allen Kindern einen Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Dazu zählt insbesondere die Aufstockung des Digitalpaktes Schule, der die Versorgung von Schüler:innen und Lehrkräften mit digitalen Endgeräten vorsieht.

Die **SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter** lädt gemeinsam mit der **Digitalexpertin Saskia Esken, MdB** zu einer Online-Diskussion ein. Saskia Esken wird die aktuelle Problemlage analysieren und die Ideen und Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion für eine gute digitale Bildung vorstellen. Mit seiner Perspektive aus der Praxis wird **Dr. Peter Schallmayer**, Lehrer an der Waldshuter Justus-von-Liebig-Schule zur Debatte beitragen.

Die beiden Bundestagsabgeordneten möchten mit Ihnen jetzt am **Mittwoch, 30. Juni 2021, um 19:00 Uhr** die folgenden Fragen diskutieren: Wie nutzen wir – Schüler, Eltern, Lehrer – den Schub für digitale Technologien, den wir durch Corona erlebt haben, für mehr digitale Bildung? Kann Digitalisierung einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten?

Anmeldungen für den Online-Dialog mit der Fraktion vor Ort sind möglich unter spdfraktion.de/termine



[http://t.me /ritaschwarzueluehrsutter](https://t.me/ritaschwarzueluehrsutter)



„Pizza und Politik“ – Junge Menschen treffen auf die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter

Was ist jungen Menschen wichtig? Welche Wünsche haben sie für die Zukunft? Was wollen sie von Politiker:innen erfahren? Das möchte die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter wissen und lädt Jugendliche und junge Erwachsene zum lockeren Austausch bei Pizza ein.

Pizza & Politik findet am Donnerstag, **1. Juli 2021, ab 18:00 Uhr** beim Quellhäuschen, Badmattenpark, in Bad Säckingen statt.

Anmeldung:
rita.schwarzeluehr-sutter@bundestag.de

Wir.Machen.Zukunft. ONLINEDIALOG

Verantwortungswerk Atom-Endlager

Was tun mit dem Atom-Müll? Mit dieser Frage hat sich in Deutschland eine pluralistisch besetzte Endlagerkommission auseinandergesetzt, und der Bundestag hat parteienübergreifend (außer den Linken) ein neues Standortauswahlverfahren für die Entsorgung des hoch radioaktiven Abfalls beschlossen.

Deutschland hat die Suche mit einer „weißen Landkarte“ begonnen – und hat inzwischen die Teilgebiete vorgestellt, die geologisch das Potential dafür haben. Unter anderen sind es der Hegau und der Hochschwarzwald, die näher untersucht werden sollen.

Für unseren Nachbarn Schweiz kommen nach drei Sondierungsrunden immer noch alle drei potentiellen Standorte dicht an der Grenze zu Deutschland in Frage: Jura Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost.

Während die deutsche Politik um ihre Beteiligung an der Schweizer Standortentscheidung ringt, wird das Verfahren in Deutschland von manchen jetzt schon kritisiert. Und die Bewohner der Grenzregion fürchten ein Doppel-Lager, wenn die zwei Suchenden zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

In der kommenden Ausgabe meines öffentlichen OnlineDialogs **WIR.MACHEN.ZUKUNFT.** spreche ich am **Mittwoch, 7. Juli 2021, 18:30 Uhr**, mit folgenden Gästen über die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, den Atom-Müll sicher zu

entsorgen, über die Gerechtigkeit und Transparenz des Verfahrens und die Ängste der Menschen in einer Region, die schon mit atomaren Anlagen belastet ist:

Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

Steffen Kanitz, Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)

Rosi Drayer, Mitbegründerin des Vereins LoTi gegen ein atomares Endlager in der Schweiz

Nach einer [Anmeldung per Mail](#) unter rita.schwarzeluehr-sutter@bundestag.de werden am Tag vor der Veranstaltung Zugangsdaten für die Onlinekonferenz verschickt. Fragen und Beiträge zum Thema können schon vorab formuliert werden.

Teilen Sie diese Einladung gerne mit Freunden und allen, die das sichere Endlager für atomaren Müll als eine der großen Aufgaben für eine risikofreie Zukunft lösungsorientiert diskutieren möchten.



Liebe
Leserin, lieber Leser,

wir haben sie in einer Onlinerunde gefragt. Kinder, Jugendliche und Studierende haben uns geantwortet, diskutiert und uns Hausaufgaben mitgegeben. Nach mehr als einem Jahr Corona haben wir von ihnen gehört, was sie belastet, was sie hemmt und wie es für die Zukunft besser geht. Und das nicht nur in der Krise. Fazit: Wir müssen ihnen zuhören, uns regelmäßig austauschen und ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

Ich hoffe, Sie hatten eine informative Lektüre! Gerne können Sie sich jederzeit bei mir melden. Wir gehen online und tauschen uns aus. Oder Sie besuchen mich auf meiner Webseite und folgen mir auf Facebook, Twitter und Instagram. Mit den QR-Codes auf einzelnen Seiten dieses Newsletters geht das einfach.

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071
F: 030 – 227 76 173
M: rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen
T: 07751 – 91 76 881
F: 07751 – 91 76 882
M: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de

